

Nach kurzer Erläuterung des Antrages seiner Fraktion durch Herrn Tendler geht der Sozialdezernent des Rhein-Sieg-Kreises, Herr Allroggen, ausführlich auf die Entwicklung des Kreisjugendamtes und auf die Arbeit des Jugendhilfezentrums für Eitorf und Windeck ein. Der Kreissozialdezernent hebt hervor, dass die Einrichtung in Eitorf hervorragend angenommen wird und das Versorgungsgebiet Eitorf/Windeck eines der wichtigsten Aufgabenbereiche im Rhein-Sieg-Kreis ist. Wie bekannt, beabsichtigen die Städte Siegburg, Meckenheim und Bornheim aus dem Solidarverbund des Kreisjugendamtes auszusteigen und eigene Jugendämter einzurichten. Siegburg plant dies zum 01.07.2004, die beiden übrigen Kommunen zum 01.01.2005. Die erforderlichen Genehmigungen liegen derzeit in allen 3 Städten noch nicht vor. Fraglich ist, ob Meckenheim und Bornheim, wie beabsichtigt, zum 01.01.2005 bereits das eigene Jugendamt eröffnen können. Herr Allroggen geht auch ausführlich auf die sich aus dem Ausstieg der 3 Städte aus dem Solidarverbund ergebenden finanziellen Konsequenzen ein. Der Kreis hat sich dieser Problematik eingehend gestellt mit dem Ergebnis, dass der Jugendamtsetat 2004 in ein erstes und zweites Halbjahr gesplittet wird. Dies hat zur Konsequenz, dass die Stadt Siegburg im ersten Halbjahr 2004 mit in die Abwicklung der Defizite aus 2002 und 2003 einbezogen wird. Die Kreisverwaltung geht davon aus, dass die Jugendamtsumlage in 2003 von 19,3 % für das erste Halbjahr 2004 auf 22,6 % angehoben werden muss. Über die Höhe der Jugendamtsumlage 2004 muss der Kreistag jedoch noch beschließen. Für das zweite Halbjahr 2004 rechnet Herr Allroggen mit einer Jugendamtsumlage in Höhe von 18,5 %, für 2005 – nach Ausscheiden der Städte Bornheim und Meckenheim aus dem Solidarverbund – mit ca. 21 %. Der Rhein-Sieg-Kreis ist sich durchaus bewusst, dass die Höhe der Jugendamtsumlage die Kommunen vor erhebliche Probleme stellt. Deshalb sind vom Landrat auch Prüfanträge auf den Weg gebracht worden, um eine Kostenreduzierung in diesem Bereich zu erzielen. Zusätzliches Personal wird im Jugendbereich nicht eingestellt, trotz der auf den Weg gebrachten dezentralen Umschichtung der Jugendamtseinrichtungen. Kritisch auf den Prüfstand gestellt wurde auch der Bereich „Kindergartenplätze“. Hier hat der Rhein-Sieg-Kreis gemeinsam mit den Kommunen bekanntlich einen Rechtsanspruch zu erfüllen. Der Kreis stellt hier jedoch verstärkt auf die tatsächliche Nachfrage nach Kindergartenplätzen ab und steht in diesem Zusammenhang in einem offenen Informationsaustausch mit den Kommunen und den Kindergarteneinrichtungen. Im Rhein-Sieg-Kreis bestehen derzeit rd. 12.000 Kindergartenplätze, im letzten Jahr sind 1.000 Plätze neu geschaffen worden. Der Kreissozialdezernent verweist auch darauf, dass mehr als 1/3 der vorgehaltenen Plätze ohne Landeszuschüsse errichtet worden sind.

Um die Kosten im Jugendbereich zu reduzieren, wurde auch die Hilfe zur Erziehung auf den Prüfstand gestellt. Durch ein Bündel von Maßnahmen soll, trotz gestiegener Anzahl der Hilfen, zumindest eine Verlangsamung im Kostenanstieg erreicht werden. Trotz der finanziellen Zwänge halten es sowohl Herr Allroggen als auch Herr Römer für erforderlich, die Hilfe nicht nur auf hilfebedürftige Kinder und Jugendliche zu begrenzen sondern das gesamte Umfeld mit einzubeziehen, ansonsten verpuffe die Hilfe.

Kreissozialdezernent Allroggen weist darauf hin, dass er keine Garantie für eine Kostensenkung abgeben könne, die Kommunen könnten sich jedoch darauf verlassen, dass alle Kostenbegrenzungsmaßnahmen durch den Kreis ergriffen würden. Der Kreissozialdezernent weist auch darauf hin, dass lediglich Städte über 25.000 Einwohner ein eigenes Jugendamt errichten können. Der Anschluss an ein anderes Jugendamt für Kommunen unter 25.000 Einwohner ist nach der bestehenden Gesetzeslage nicht möglich. Der Kreis hat sich an den Innenminister NW gewandt mit der Bitte um Prüfung, ob die Finanzierung im Jugendbereich geändert und der derzeit geltende Verteilungsschlüssel nach der Steuerkraft einer Kommune modifiziert werden kann. Der Landkreistag NW ist ebenfalls mit der Problematik befasst und will seinerseits auch an den Innenminister herantreten. Das Ergebnis der Prüfung bleibt abzuwarten. Sollte das Innenministerium einer Veränderung der Modalitäten positiv entgegenstehen, werden die Kommunen informiert. Weiterhin wird das Ergebnis der Intention in die Gesprächsrunden zwischen Landrat und den Bürgermeistern einfließen.

Kreissozialdezernent Allroggen weist darauf hin, dass vorausgehende Hilfen im Jugendbereich unabdingbar sind, um spätere hohe Kosten in Hilfefällen zu vermeiden. Deshalb arbeitet das Kreisjugendamt gemeinsam mit den Jugendhilfezentren daran, ein Frühwarnsystem aller beteiligten Stellen (u.a. Schule, Polizei, Suchtberatung, Gemeinde usw.) aufzubauen, um so früh als möglich die oft komplexen Hilfebedarfe anzugehen. Kreissozialdezernent Allroggen informiert auch darüber, dass die große Nachfrage nach Hilfen, die an das Jugendhilfezentrum für Eitorf und Windeck herangetragen werden, eine vorübergehende Personalverstärkung in

Eitorf erforderlich macht. Der Kreissozialdezernent hat jedoch die Hoffnung, dass die derzeit große Frage nach Hilfeleistungen im hiesigen Hilfezentrum wieder abebnet und in Zukunft wieder ein normales Niveau erreiche.

Kreissozialdezernent Allroggen verweist darauf, dass nach dem vorliegenden Zahlenmaterial 2003 durch das Jugendamt Leistungen in Höhe von 4,7 Mio. Euro für die Gemeinde Eitorf erbracht wurden. Die Jugendamtsumlage 2003 der Gemeinde stellte sich dagegen auf 2,8 Mio. Euro.

Fraktionsvorsitzender Tandler geht auf eine Anfrage seiner Fraktion im Kreistag zum Jugendamtsbereich und die Antwort des Kreises ein und regt an, sowohl Anfrage als auch die Kreisantwort dem Protokoll als Anlage beizufügen.

Fraktionsvorsitzender Schmidt teilt für seine Fraktion mit, dass die von Kreissozialdezernent Allroggen genannten Kriterien für ein eigenes Jugendamt bekanntermaßen für Eitorf nicht zu erfüllen sind und für seine Fraktion ein Ausscheiden aus der Solidargemeinschaft kein Thema ist.

In einer ausführlichen Darstellung geht Herr Römer, Leiter des Jugendhilfezentrums für Eitorf und Windeck, auf die Entwicklung und Arbeit der Einrichtung vor Ort ein. Das Jugendhilfezentrum besteht nunmehr seit über 2 Jahren, wobei sich die Fallzahlen seither um rd. 30 % gesteigert haben. Für die heutige Sitzung des Ausschusses hat das Jugendhilfezentrum Zahlenmaterial zusammengestellt, das für die Niederschrift zur Verfügung gestellt wird. Die Unterlage ist als Anlage der Niederschrift beigefügt. Die Fallzahlensteigerungen beziehen sich insbesondere auf die erfolgten Beratungsleistungen, jedoch gibt es auch Steigerungen bei teuren stationären Maßnahmen. Die Kosten der stationären Maßnahmen beziffert Herr Römer für Eitorf auf rd. 1,3 Mio. Euro und für die Nachbargemeinde Windeck auf rd. 1,7 Mio. Euro. Die durchschnittlichen Heimkosten pro Platz betragen derzeit ca. 3.500,- € im Monat.

Erklärtes Ziel des Jugendamtes ist es, soweit als möglich von den teuren stationären Maßnahmen wegzukommen und verstärkt Familien unterstützende Hilfen, sowohl ambulant als auch teilstationär, zu leisten. Eine teilstationäre Einrichtung wird nunmehr auch in Eitorf durch den Träger St. Ansgar angeboten.

Nach den Ausführungen von Herrn Römer ist die Arbeit im Jugendbereich in den Kommunen Eitorf und Windeck traditionell arbeitsintensiv mit hohen Unterbringungsraten. Eine eindeutige Antwort, weshalb dies so ist, kann nicht gegeben werden. Eine Rolle spielen möglicherweise die Anzahl großer, weit verzweigter sozial schwacher Familien und Sippen in der Gemeinde, die Anzahl der kinderreichen Familien vor Ort und auch der Zuzug von hilfsbedürftigen Personen und Familien auf Grund der relativ guten Anbindung mit öffentlichen Verkehrsmitteln und preiswertem Wohnraum. Auch die Situation der Arbeitslosigkeit an der oberen Sieg spielen sicherlich hier eine Rolle.

Herr Römer bedauert in seinen Ausführungen, dass es in den Kommunen Eitorf und Windeck sehr spät zu Erstkontakten mit seiner Behörde kommt. Mittelfristiges Ziel müsse es daher sein, ein funktionierendes Früherkennungssystem als Mittel der Prävention aufzubauen. Hierbei seien die verschiedensten Stellen gefragt. Eine enge Vernetzung werde bereits mit den Hauptschulen Rosbach und Eitorf angestrebt, aber auch die Grundschulen und Kindergärten wären hier gefordert. Gleiches gilt für die Gemeinde, mit der bereits eine gute Zusammenarbeit bestehe, die jedoch noch ausgebaut werden soll. Positiv entwickle sich auch die Zusammenarbeit mit dem freien Träger „Mutabor“ in Eitorf. Der genannte Träger unterstütze das Jugendhilfezentrum bereits jetzt wirksam mit Einzelfallhilfen und biete besondere individuelle ambulante Lösungen an. Weitere Felder in der Zusammenarbeit sind nach Worten von Herrn Römer die Einrichtung von Tagesgruppen, die Bildung eines runden Tisches in Eitorf zum Kennenlernen, die Bildung von Schwerpunktthemen, die Einrichtung von Arbeitsgruppen zur Integration türkischer Jugendlicher, das Angebot einer Homepage für Kinder/Jugendliche in Eitorf, die Durchführung von Jugendkulturveranstaltungen in Kooperation mit der Gemeinde, die Organisation von Gesprächskreisen für pubertierende Mädchen und die Anbietet von Themenabenden für bedürftige Eltern.

Herr Römer stellt zusammenfassend fest, dass in der Gemeinde Eitorf vieles in Bewegung komme und auch ein großes Engagement von Personen und Dienststellen zur Lösung oder Verbesserung der vielfältigen Problematiken vorherrsche.

Sowohl Kreissozialdezernent Allroggen als auch Herr Römer beantworten während ihrer Ausführungen und im Anschluss Fragen aus der Mitte des Ausschusses.

Kreissozialdezernent Allroggen dankt zum Abschluss der intensiven Diskussion den Mitgliedern des Ausschusses für ihr Interesse an der Thematik und spricht den Wunsch aus, dass Kreis und Kommune in der Angelegenheit in einem dauernden Gespräch bleiben.

Herr Tandler regt an, im JASA regelmäßig einen Bericht des Jugendhilfezentrums für Eitorf und Windeck zu erstatten.

Vorsitzende Deitenbach dankt Herrn Allroggen und Herrn Römer für ihre informativen